Bürgerbrief für Frieden und Demokratie

Sachlich fundierte Informationen für den souveränen Bürger

www.bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de **Ausgabe April 2025**

Hinweis: *Die einzelnen Texte stellen eine Kurzzusammenfassung bzw. einen Hinweis auf die Komplett-Artikel dar, die per Mausklick auf den jeweils blauen und unterstrichenen Text direkt aufrufbar sind. Kursiver Text gibt die Meinung der Redaktion (Red.) wieder.*
Das politische und weltanschauliche Selbstverständnis des Redaktionsteams sowie das Impressum mit Haftungsausschluss und Angaben zum Datenschutz finden Sie auf unserer Homepage.

Einladung: *Unsere Leser dürfen gerne mitmachen. Senden Sie hierzu bitte Verbesserungsvorschläge für diese Seite und/oder Artikel-Vorschläge (mit Link) an: info@bürgerbrief-für-frieden-und-demokratie.de (Betr.: "BB-Artikelvorschlag"). Darüber hinaus würden wir uns sehr freuen, wenn uns unsere Leser weiterempfehlen würden.*

Die Redaktion

Inhalt dieser Ausgabe

- ***Editorial***
- *BüSo:* ***Neue Forschungsergebnisse zu Cannabis und dem 'Arbeitsgedächtnis' des Gehirns***
- *Die pädagogische Wende:* ***Aufruf: Humane und emanzipierende Bildungspolitik vs. digitale Transformation***
- *Alfred de Zayas:* ***UN-Charta … eine Art Weltverfassung***
- *Thomas Röper:* ***Was Großbritanniens "Koalition der Willigen" in der Praxis bedeutet***
- *Patrick Baab:* ***Fünf Kriege in einem***
- *Rainer Rupp:* ***Ohne Alternativen zu Trumps Friedensplan sitzt Europa in seiner eigenen narrativen Falle***
- *Eberhard Hamer:* ***Liegt der Ukraine-Krieg in deutschem Interesse?***
- *Anneliese Fikentscher & Andreas Neumann:* ***Teufel Trump***
- *Karin Leukefeld:* ***Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier***
- *GFP:* ***Zivilisten im Krieg***
- *GFP:* ***Kriegsmacht Europa***
- *Sevim Dagdelen:* ***Kriegskredite als Konjunkturprogramm***
- ***Das Grundgesetz "kriegstüchtig" gemacht***
- ***Rumänien: Rund um die Präsidentschaftswahlen***
- *Thomas Röper:* ***Europ. Gerichtshof für Menschenrechte spricht Ukraine wegen Massaker von Odessa schuldig***
- *Thomas Röper:* ***Was ist eigentlich der Internationale Strafgerichtshof?***
- *Marcel Kunzmann:* ***77 Experten gegen deutsche Doppelmoral im Völkerrecht***

Zitat des Monats von Baruch von Spinoza:

Frieden ist nicht die Abwesenheit von Krieg,
es ist eine Tugend, ein Geisteszustand,
ein Wunsch nach Wohlwollen, Vertrauen und Gerechtigkeit.

Editorial

*Diese Ausgabe beginnt mit zwei Themen aus dem sozialen Bereich, deren gemeinsamer Nenner die **Jugendgefährdung** ist: Die Gefahren des **Cannabiskonsums** und die Gefahren der **Digitalisierung in den Schulen**. Beides bedroht die körperliche sowie geistige Gesundheit und Lernfähigkeit junger Menschen und damit deren Entwicklung zu selbständigen Menschen.*

*Danach erinnert Alfred de Zayas an das auf der UN-Charta gegründete **Völkerrecht** und die damit verbundene Hoffnung auf Frieden. Dass es dafür an Durchsetzungsmechanismen fehlt, zeigen die täglichen Nachrichten. Thomas Röper benennt die aktuellen Aktivitäten der britischen Regierung hinsichtlich des Konflikts in der **Ukraine** und Patrick Baab beschreibt ausführlich noch einmal die Hintergründe dieses Krieges. Rainer Rupp weist auf das **Fehlen eines Friedensplan Europas** für die Ukraine hin, obwohl – so Eberhard Hamer – der Krieg weder im Interesse Deutschlands noch Europas liege.*

*Über **Falschdarstellungen** der Berichterstattung, sei es zur Ukraine, sei es zu Gaza, bzw. zu Zitaten von US-Politikern informieren Anneliese Finkentscher und Andreas Neumann. Realitätskonforme Informationen zu **Palästina** und zur kriegsbedingten **Situation der Menschen** im Nahen Osten sind dagegen bei Karin Leukefeld immer wieder aktuell nachzulesen.*

*Die **Kriegsvorbereitung in Deutschland** schreitet voran, was zwei Beiträge von GFP (German Foreign Policy) belegen. Auch Sevim Dagdelen und Tilo Gräser informieren darüber, dass die immensen Kreditaufnahmen mit **Grundgesetzänderungen** durchgepaukt wurden, die der Präambel des Grundgesetzes widersprechen und propagandistisch als Wirtschaftsbelebung schöngeredet werden.*

*Themen der internationalen Rechtsprechung beschließen diese Ausgabe: Es geht um die annullierte **Präsidentschaftswahl in Rumänien**, um **das Massaker in Odessa** im Jahr 2014 und um den **Internationalen Strafgerichtshof**, dessen Urteil zu Netanjahu laut einer Erklärung von 77 deutschsprachigen Völkerrechtlern unbedingt zu beachten sei.*

Inhalt ⇧

● BüSo: **Neue Forschungsergebnisse zu Cannabis und dem 'Arbeitsgedächtnis' des Gehirns**

Eine neue Studie an 1'003 erwachsenen Konsumenten zeigt die negativen Auswirkungen von Cannabis bei der Lösung von sieben kognitiven Aufgaben. Am signifikantesten und beunruhigendsten war die Auswirkung auf das 'Arbeitsgedächtnis" das für das logische Denken, die Entscheidungsfindung, die Problemlösung, die Konzentration, die Verhaltenskontrolle und andere mentale Fähigkeiten für das tägliche Funktionieren als Mensch von entscheidender Bedeutung ist. Die Studie umfasste Gehirnscans von Cannabiskonsumenten, die auf eine geringere Gehirnaktivierung bei einfachen Aufgaben hinwiesen, die auf dem Arbeitsgedächtnis basieren. Die Folgen erscheinen bei schwerem Langzeitkonsum als dauerhaft, selbst nachdem der Drogenkonsum eingestellt wurde und der Wirkstoff nicht mehr im Körper nachgewiesen werden konnte. Zu den Bereichen des Gehirns mit geringerer Aktivität gehörten der dorsolaterale präfrontale Kortex, der dorsomediale präfrontale Kortex und die vordere Insula, die alle mit dem Arbeitsgedächtnis in Verbindung gebracht werden. Diese Bereiche des Gehirns weisen eine hohe Dichte an CB1-Rezeptoren auf, an die das in Cannabis enthaltene Tetrahydrocannabinol (THC) andockt. Die Rezeptoren werden durch den Cannabiskonsum geschwächt.

Die BüSo, Bürgerbewegung Solidarität, will durch die Wiederbelebung der deutschen klassischen Kultur zu einem neuen globalen Dialog der Kulturen beitragen. Sie sieht in dem Projekt 'Neue Seidenstraße' die einzigartige Chance, uns aus dem Korsett veralteten geopolitischen Denkens, der Gefahr thermonuklearer Konfrontation und dem Diktat der Finanzmärkte zu befreien. (Red.)

Inhalt ⇧

● Die pädagogische Wende: **Aufruf: Humane und emanzipierende Bildungspolitik vs. digitale Transformation**

Ein Appell von 75 Experten aus Pädagogik und Medizin warnt die neue Bundesregierung eindringlich davor, im Bildungssystem weiterhin auf Digitalisierung zu setzen. Sie fordern einen Kurswechsel – zum Wohl der körperlichen und geistigen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Initiatoren des Appells sind u.a. der Medienpädagoge Prof. Ralf Lankau, der Ordinarius für Schulpädagogik Prof. Klaus Zierer, der Psychiater Prof. Manfred Spitzer, der bekannte Kinder- und Jugendarzt Dr. Uwe Büsching sowie der Lehrer und Schulbuchautor Dr. Mario Gerwig. Der Aufruf ist auf der Seite "Die pädagogische Wende" in drei Teilen zu finden.

In Teil I wird dargestellt, dass sich der Bildungsnotstand in Deutschland vertieft. Mindeststandards in Lesen, Rechnen, Schreiben und Sprachkompetenz werden immer weniger erreicht. Heute stellt die Erziehungswissenschaft fest: Die Digitalisierung ist nicht die Lösung, sondern ein zentrales Problem. So hilfreich Digitaltechnik in vielen Lebensbereichen sein kann, so kritisch muss sie beim Einsatz in Bildungseinrichtungen reflektiert werden. Gefordert sind politische Entscheidungen für eine an den Bedürfnissen des Menschen orientierte Bildungspolitik. Konkret fordern die Experten: 1. Re-Humanisierung des Bildungssystems statt Ökonomisierung/-Privatisierung/Standardisierung durch (Informations-)Technik. 2. Allgemeinbildung und ästhetische Erziehung statt verkürzender Berufsvorbereitung. 3. Primat der Pädagogik und Didaktik, Unterricht nach pädagogischen Leitlinien statt High-Tech-Agenda und kleinteiliger Lernstandskontrolle und Leistungsvermessung. 4. Verbot privater Endgeräte in Schulen und Verbot kommerzieller 'Social-Media'-Dienste für Minderjährige unter 16 Jahren. 5. Erziehung zu Mündigkeit, Reflexionsvermögen und Selbstverantwortung statt Selbstentmündigung durch technische Systeme (KI). Die Forderungen sind sowohl von der Politik als auch von den Schulträgern und Lehrkräften in Unterstützung von den Eltern umzusetzen.

In Teil II werden die Hintergründe dargestellt. Die Bildungspolitik in Deutschland steht seit mehr als 60 Jahren unter dem massiven Einfluss von Wirtschafts- und Lobbyverbänden, flankiert von

(steuersparend formal gemeinnützigen) Stiftungen. Es erfolgte dadurch ein Wechsel von der Pädagogik zur empirischen Bildungsforschung, indem statt in pädagogisch gebildetes Personal in Messverfahren, Statistiken und Psychologie investiert wurde. Die festgestellten Defizite konnten so nicht behoben, den Schülern nicht geholfen werden. Stattdessen kam es zu immer stärkerer Technisierung und Digitalisierung mit dem Ziel einer automatisierten Beschulung und Prüfung. Diese Entwicklung bedeutet für die Schüler: 1. Verringerung von Aufmerksamkeitsspanne, Konzentration und Arbeitsgedächtnis. 2. Beeinträchtigung von Leseverständnisses und Lesegewohnheiten, von der Fähigkeit, Texte zu interpretieren und umfassende Notizen zu machen, von dem mathematischen Denken bei der Nutzung von Bildschirmen oder digitalen Programmen sowie der mathematischen Leistung. 3. Verlagerung der handschriftlichen und manuellen Fertigkeiten. 4. Verzögerung und Verarmung der Sprache (Verständnis und mündlicher Ausdruck) und der sozialen Interaktion. 5. Verschlechterung der allgemeinen schulischen Leistungen (Aragon, 2024). Die Autoren benennen Länder, in denen die Regierungen deswegen regulatorische Maßnahmen ergreifen. Sie betonen, dass von der Technisierung und Digitalisierung nicht die Lernenden, sondern die Anbieter der Technik und der Plattformen profitieren.

In Teil III werden Literatur und Quellen alphabetisch aufgelistet.

Inhalt ⇧

● Alfred de Zayas: **Die UN-Charta ist so etwas wie eine Weltverfassung, die einzige Hoffnung der Menschheit, den Frieden zu bewahren**

Am 4. Februar 2025 erinnerte der russische Außenminister Sergej Lawrow an das Ende des Zweiten Weltkriegs und die Beschlüsse der siegreichen Alliierten auf den Konferenzen von Jalta und Potsdam 1945. Mit der Verabschiedung der UN-Charta wurden laut Lawrow "Ziele und Grundsätze für das internationale Verhalten der Staaten festgelegt, die deren friedliche Koexistenz und nachhaltige Entwicklung gewährleisten sollen".

Für Alfred de Zayas ist die UN-Charta "als eine Art 'Weltverfassung' zu betrachten". De Zayas weiter: "Die Ziele und Grundsätze der Organisation sind in den Artikeln 1 und 2 der Charta festgelegt. Dazu gehören: die Wahrung des Friedens und die Förderung der Menschenrechte und der Entwicklung. Um diese Ziele zu erreichen, verpflichten sich die Mitglieder der Vereinten Nationen, die gegenseitige Souveränität zu achten und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu fördern. Die internationale Ordnung beruht auf dem Verbot der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten, der Verpflichtung zur friedlichen Beilegung von Streitigkeiten und dem absoluten Verbot der Anwendung von Gewalt, es sei denn, der Sicherheitsrat hat dem zugestimmt. Leider fehlt es den Vereinten Nationen an wirksamen Durchsetzungsmechanismen." Und die Menschheit brauche "mehr denn je Vermittler, Friedensstifter, vernünftige Menschen, die die Gefahr des dritten Weltkriegs und der atomaren Vernichtung erkennen". De Zayas betont wie Lawrow, dass kein Land über dem Völkerrecht stehe und dass die Multipolarität notwendig sei. Und de Zayas stimmt Lawrow zu, wenn dieser sagt: "Die Personalpolitik des UN-Sekretariats ist nach wie vor eine Beleidigung für die Mehrheit der Weltbevölkerung, die einzige Hoffnung der Menschheit, den Frieden zu bewahren."

Alfred-Maurice de Zayas, Jg. 1947, Völkerrechtler, Historiker, Sachbuchautor und ehemaliger UN-Beamter; war von 2012 bis 2018 Unabhängiger Experte des UN-Menschenrechtsrats für die Förderung einer demokratischen und gerechten internationalen Ordnung. (Red.)

Inhalt ⇧

● Thomas Röper: **Was Großbritanniens "Koalition der Willigen" in der Praxis bedeutet**

Die TASS weist darauf hin, dass es Großbritannien war, das den damaligen Premierminister Boris Johnson nach Kiew schickte, um eine Friedensvereinbarung in Istanbul zu verhindern, "das als Hauptideologe der Fortsetzung des Konflikts auftrat, um Russland eine strategische Niederlage zuzufügen", aber "in Bezug auf die Höhe der militärischen und finanziellen Hilfe für die Ukraine überhaupt nicht zu den führenden Ländern gehört und nicht nur hinter den USA, sondern auch [hinter] Deutschland, Frankreich und sogar Polen zurückbleibt". Und dass der derzeitige Premierminister Keir Starmer die Initiative ergriffen hat, eine "Koalition der Willigen" zu bilden. Die TASS weist auch darauf hin, dass Großbritannien als nicht EU-Mitglied Handlungsfreiheit hat, "separate Verhandlungen mit Trump über die Frage der Zölle und Abgaben [zu] führen". "Hinter der Bereitschaft der britischen Regierung, ein Expeditionskorps in die Ukraine zu entsenden, steht ein ganz konkretes finanzielles und wirtschaftliches Interesse, für das London bereit ist, viel zu riskieren. Es geht nämlich um die Entsendung einer Truppe, die das Eigentum britischer Unternehmen unter Schutz stellt. [….] Heute versucht London, das Europa in den Krieg schickt, wieder einmal, die Rolle des Gehirns zu spielen, aber es scheint, dass es nur ein Szenario eines 'politischen Spektakels' schaffen kann."

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

Inhalt ⇧

● Patrick Baab: **Fünf Kriege in einem**

Auch wenn vieles über die Entwicklung bzgl. der Ukraine noch vage sei, so ist für Patrik Baab klar, dass die in die Russische Föderation aufgenommenen Gebiete verloren sind. Das sei für den Westen ein Desaster. "Der Versuch, die größte Atommacht herauszufordern, offenbart nur den Größenwahn des Westens, die Unfähigkeit, die Kräfteverhältnisse realistisch einzuschätzen." Für Baab wurde die Ukraine zur Schlachtbank geführt und nun stehe ihr eine neue Teilung bevor. Deutschland sei der größte ökonomische Verlierer. Baab ist sich sicher: "Dieser Krieg wird das Leben der Menschen in ganz Europa noch auf viele Jahrzehnte hinaus beeinflussen. Der Frieden kommt uns noch teurer zu stehen als der Krieg."

In dem Ukraine-Krieg sieht er fünf Kriege in einem: 1. Den ukrainischen Bürgerkrieg nach dem Staatsstreich auf dem Maidan. 2. Den ukrainisch-russischen Bruderkrieg zwischen der Putschregierung in Kiew einerseits und den aufständischen Republiken Lugansk und Donezk ab April 2014 sowie ab 24.02.2022 der Russischen Föderation andererseits. 3. Den geostrategischen Krieg um die Vormachtstellung der USA. 4. Den globalen Wirtschaftskrieg und der Selbstmord Europas. Und 5. Den Krieg gegen die Bevölkerung der westlichen Industrienationen. Hinsichtlich der Verantwortung dafür, dass es zu diesem Krieg gekommen ist, zitiert Baab die Herren Pierre de Gaulle und Alain Juillet, die den Krieg von den USA und von der NATO ausgelöst sehen, die die Ukraine bewusst dazu aufgerüstet hätten. Die Russische Föderation habe den Präventivkrieg begonnen wegen der akuten Gefahr, dass die Ukraine in die NATO aufgenommen wird, wegen des Vorhabens, die Ukraine in die EU aufzunehmen und wegen der fortgesetzten Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine durch den Westen. Russland habe lange gezögert, die aus Aufständen gegen die Putschregierung entstandenen Volksrepubliken im Donbass anzuerkennen. Erst am 21.02.2022 habe Moskau die DNR und LNR anerkannt und Beistandsverpflichtung abgeschlossen, als der Krieg nicht mehr vermeidbar gewesen sei.

Nach Baab gibt es keine Beweise aus Zeit vor dem 24.02.2022, dass Putin die Ukraine erobern oder unter eine Marionettenregierung stellen wollte. Zudem habe Putin nicht über genügend

Truppen verfügt, um die Ukraine zu erobern zu können. Die eigentliche Kriegsursache würde von Historiker im Niedergang des Westens und vor allem der USA gesehen. Für Baab ist die Ukraine "der größte Verlierer dieses Krieges, ein ganzes Land, Hunderttausende Menschen werden geopfert auf dem Altar geopolitischer und wirtschaftlicher Interessen. Der zweite Verlierer ist Deutschland." Baab merkt in seiner ausführlichen Ausarbeitung auch an, dass von den Bodenschätzen der Ukraine ca. 50% in den Donbass-Republiken liegen.

Patrik Baab, der in der Berichterstattung der westlichen Leitmedien vor allem Propaganda sieht, verweist diejenigen, die die tatsächlichen Ereignisse zur Ukraine wissen wollen, auf sein im Oktober 2023 erschienenes Buch "Auf beiden Seiten der Front. Meine Reisen in die Ukraine".

Patrik Baab, Jg. 1959, ist Politikwissenschaftler und Publizist. Seine Reportagen und Recherchen über Geheimdienste und Kriege passen nicht zur Propaganda von Staaten und Konzernmedien. Er berichtete u.a. aus Russland, Großbritannien, dem Balkan, Polen, dem Baltikum und Afghanistan. In Russland machte er mehrfach Bekanntschaft mit dem Inlandsgeheimdienst FSB. Auch die Staatsschutzabteilung des Bundesinnenministeriums führt eine Akte über ihn. (Red.)

Inhalt ⇧

● Rainer Rupp: **Ohne Alternativen zu Trumps Friedensplan sitzt Europa in seiner eigenen narrativen Falle**

In dem am 05.03.2025 geführten Gespräch mit dem norwegischen Professor Glenn Diesen und dem britischen Geostrategen Alexander Mercouris beschreibt George Beebe, ehemaliger Direktor für Russland-Analysen bei der CIA und derzeitiger Direktor für Großstrategie am US-'Quincy Institute for Responsible Statecraft', eine bittere Realität: Europa verfügt über keine glaubwürdige Alternative zum Friedensplan der Trump-Administration für den Ukraine Konflikt. Stattdessen würden die russophoben europäischen Spitzenpolitiker in ihren eigenen Narrativen gefangen bleiben, die sie für die Realitäten des Krieges in der Ukraine blind machen. Das treibt sie dazu, trotz ihrer bereits misslungenen Strategie der Eskalation ihren Einsatz zu verdoppeln, weil nach ihrer Meinung die Ukraine einfach gewinnen muss, obwohl sie tatsächlich militärisch längst verloren habe und auch zivilgesellschaftlich in einer immer prekäreren Lage stecke. Aber dieser Kurs sei gescheitert und Europa könne die Kosten für den aussichtslosen Krieg ohne US-Unterstützung nicht tragen. Beebe warnt: "Es ist ein Rezept für den Zusammenbruch der Ukraine, aber auch für eine Eskalation in einen direkten Konflikt zwischen Russland und einigen europäischen Staaten, und damit wüchse die Gefahr einer russisch-US-amerikanischen Konfrontation." Der Kurs schwäche Europas Verhandlungsposition. Dagegen verspreche der Kurs der USA zumindest ein Ende des Blutvergießens.

Rainer Rupp, Jg. 1945, der als Ex-Spion der DDR in der NATO (Buch, Video 0h41) für sieben Jahre in Haft musste, schrieb bis Feb. 2016 für die 'jungeWelt' vor allem zu Außen- und Sicherheitspolitik. Rupp misst der Friedensfrage die höchste Priorität zu. (Red.)

George Beebe ist Direktor für große Strategie am Quincy Institute. Er verbrachte mehr als zwei Jahrzehnte in der Regierung als Geheimdienstanalyst, Diplomat und Politikberater. 2019 warnte er davor, dass die USA und Russland in eine gefährliche militärische Konfrontation stolpern könnten. (Red.)

Glenn Diesen ist Professor an der 'University of South-Eastern Norway' und Redakteur bei der Zeitschrift' Russia in Global Affairs'. Sein Schwerpunkt: politische Ökonomie von Groß-Eurasien. (Red.)

Inhalt ⇧

● Eberhard Hamer: **Liegt der Ukraine-Krieg in deutschem Interesse?**

Eberhard Hamer, Mittelstandsinstitut Niedersachsen, sieht die jüngste Entwicklung der deutschen Ostpolitik als eine Korrektur, die wieder zum Gründungszweck der NATO zurückführen soll: "To keep the Russians out, the Americans in and the Germans down! Es nicht zu engen Verbindungen zwischen Russland und Deutschland kommen zu lassen, war seit Brzezinksi amerikanische Staatsraison auch für Obama, Trump und Biden. Man sah es insbesondere als wirtschaftliche Schädigung der USA an, dass Deutschland seine billige Energie von Russland – und damit Konkurrenzvorteile im Weltmarkt – bezog und somit dem Diktat der US-Energiemonopole entkam. Biden hat die North Stream-Leitung schließlich sprengen lassen." Obwohl die Ukraine kein Interessensgebiet Deutschlands gewesen sei, seien die deutschen Politiker durch die "permanent wiederholte Behauptung, dass von Russland und insbesondere von Putin eine akute Gefahr für alle europäischen Staaten ausginge und alle deshalb finanziell, materiell sowie militärisch der Ukraine gegen Russland kämpfen müssten, in Angst und Russenfeindschaft" gebracht worden. Zudem habe es die Biden-Regierung "fertiggebracht, mit Hilfe der EU (von der Leyen) den eigentlich amerikanisch-russischen Ukraine-Krieg immer mehr zum europäisch-russischen Krieg zu machen". Nun "stehen Europas Kriegstreiber vor der Frage, ob sie den Ukraine-Krieg gegen Russland auch ohne die USA weiterführen wollen und ob ihre Völker und Wähler damit überhaupt einverstanden wären." Hamer verlangt von dem BlackRock-Angestellten Merz, den Bürgern nachzuweisen, weshalb er "für weiteren Krieg und Wiederaufbau der Ukraine auf deutsche Kosten kämpfen will, [und] weshalb dies wichtiger sein soll, als unsere eigene marode Infrastruktur zu sanieren, ob er dafür die Sozialleistungen kürzen will und warum er den deutschen Mittelstand dafür mit den höchsten Steuern und Sozialabgaben der Welt belasten möchte". Angesichts der militärischen Niederlage und wirtschaftlichen Pleite und nach dem Rückzug der USA fragt Hamer: "Welche Gruppen stehen hinter einem weiteren Ukraine-Krieg und welche Interessen hätte Europa an einer Fortsetzung dieses Krieges?" Hamer plädiert dafür, dass wir denjenigen, die weiter gegen Russland kämpfen wollen, "unsere Unterstützung entziehen, das Geld sperren und den Kriegspropagandisten in Presse und Medien ihre Hetzmöglichkeiten entziehen. Frieden braucht unser Volk, Europa und die Ukraine – nicht Krieg."

Prof. Eberhard Hamer, Jg. 1932, studierte Volkswirtschaft, Recht und Theologie; Rechtsanwalt, Unternehmer, bis 1995 Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik in Bielefeld; Gründer und Präsident des 'Mittelstandsinstituts Niedersachsen' in Hannover und der 'Deutschen Mittelstandsstiftung'; Begründer der neuen 'Mittelstandsökonomie der personalen Wirtschaft und der Inhaberbetriebe'. (Red.)

Inhalt ⇧

● Anneliese Fikentscher & Andreas Neumann: **Teufel Trump**

Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann haben eine analytische Chronologie zur Politik der Regierung von US-Präsident Donald Trump zusammengestellt. Dabei haben sie das Agieren von Trump und seiner Mannschaft zu Gaza, Ukraine, WHO/Corona, Klima, USAID, digitale Zentralbankwährungen, Grönland, IStGH und Redefreiheit sowie die Darstellung und Reaktionen vor allem der Medien ins Auge gefasst. In der Ausarbeitung wird deutlich, dass es zu etlichen Themen Falschdarstellungen gibt, die das Wirken von Trump und seiner Mannschaft nicht richtig beschreiben.

U.a. ist es demnach falsch, dass Trump den Völkermord in Gaza und die Vertreibung der Palästinenser befürworte und die Parole ausgegeben habe, Netanjahu seinen Job machen zu lassen. Entgegen der Berichterstattung habe Trump am 26.06.2024 im Fernsehduell dazu gesagt: "[Biden] sagte, der Einzige, der weitermachen will, ist die Hamas. Tatsächlich ist Israel derjenige. Und man sollte [Biden] gehen lassen und ihn seinen Job beenden lassen." (0:36:38 von 1:38:18)

Zu der Frage, wo die Palästinenser wohnen sollen, wenn sie den Gazastreifen verlassen, weil sie dort gescheitert sind, sagt Trump gegen Ende einer Pressekonferenz mit Netanjahu am 06.02.2025: “Der Gazastreifen soll ein internationaler Ort werden, an dem sich Vertreter aus der ganzen Welt treffen. [...] auch Palästinenser. […] Aber die Riviera des Nahen Ostens, das könnte etwas ganz Großartiges sein. Aber noch wichtiger ist, dass die völlig zerstörten Menschen, die jetzt dort leben, in Frieden und in einer viel besseren Situation leben können, weil sie in der Hölle leben. Und diese Menschen werden jetzt in Frieden leben können. Wir werden dafür sorgen, dass das auf Weltklasseniveau geschieht. Es wird wunderbar für die Menschen sein.“

Hinsichtlich der Ukraine sprechen Fikentscher und Neumann mehrere Punkte an. U.a. sagte Trump am 23.01.2025 per Video auf dem WEF, es sei ihm ein Anliegen, das Töten von Millionen von Soldaten auf dem dortigen “absoluten Schlachtfeld“ zu beenden, und er hoffe, China könne ihm dabei helfen. Trump betone, dass er mit Putin darin einig sei, “das Töten von Millionen, das im Russland-Ukraine-Krieg stattfindet, [zu] stoppen“. Auch nach dem Eklat im Weißen Haus setze Trump darauf, dass der Krieg schnell beendet werden kann, “damit wir andere Dinge tun können“.

Am 12.02.2025 sagte Trump, nachdem er mit Russlands Präsident Putin telefoniert hatte: “Wir sind übereingekommen, sehr eng zusammenzuarbeiten, einschließlich der Besuche in den Ländern des jeweils anderen. Wir haben uns auch darauf geeinigt, dass unsere jeweiligen Teams sofort mit den Verhandlungen beginnen, und wir werden zunächst den ukrainischen Präsidenten Selenskyj anrufen, um ihn über das Gespräch zu informieren, was ich auch gleich tun werde."

Am 28.02.2025 kommt es im Weißen Haus vor laufenden Kameras zum offenen Streit zwischen Trump und Selenskyj. Als Selenskyj sich der Verhandlung mit Russland verweigert, sagt Trump zu ihm in aller Deutlichkeit: "Sie setzen das Leben von Millionen Menschen aufs Spiel. Sie riskieren einen Dritten Weltkrieg."

Am 04.03.2025 sagte Trump (ab 1:46:33) vor dem Kongress, er habe ein Schreiben von Präsident Selenskyj bekommen, nach dem die Ukraine bereit sei, “so bald wie möglich an den Verhandlungstisch zu kommen, um einem dauerhaften Frieden näher zu kommen“.

Die Zusage Trumps im Wahlkampf am 17.01.2024, “als Präsident niemals die Schaffung einer digitalen Zentralbankwährung zuzulassen“, setzte er drei Tage nach Amtsantritt per Exekutivorder mit dem Wortlaut um: “Mit Ausnahme des gesetzlich vorgeschriebenen Umfangs ist es den Behörden hiermit untersagt, Maßnahmen zur Einrichtung, Ausgabe oder Förderung von CBDCs innerhalb der Gerichtsbarkeit der Vereinigten Staaten oder im Ausland zu ergreifen.“

Hinsichtlich der Meinungsfreiheit und Demokratie hat US-Außenminister JD Vance nicht nur die Europäer, sondern auch die USA kritisiert. Die Europäer macht er darauf aufmerksam, dass ihre wirkliche Bedrohung nicht von Russland oder China ausgehe, sondern vom Rückzug der eigenen grundlegendsten Werte. Aber er sagte z.B. zum Umgang mit sozialen Medien: “Unsere eigene Regierung ermutigte Privatunternehmen, Menschen zum Schweigen zu bringen, die es wagten, etwas auszusprechen, was sich als offensichtliche Wahrheit herausstellte.“

Anneliese Fikentscher ist Erste Vorsitzende des Verbandes Arbeiterfotografie, Andreas Neumann gehört wie sie seiner Redaktion an. Beide sind seit 2012 Herausgeber der Grundsatzschrift ‘Das Krokodil‘ und seit 2016 auch der ‘Neuen Rheinischen Zeitung‘ (NRhZ-Online). (Red.)

Andreas Neumann, Jg. 1951, Informatiker und Systemanalytiker, ist Gründungsmitglied und Vorstandsmitglied des Bundesverbands Arbeiterfotografie, Herausgeber u.a. der ‘Neuen Rheinischen Zeitung‘, Mitinitiator der Kampagne ‘NATO raus – raus aus der NATO!‘. (Red.)

Inhalt ⇧

● Karin Leukefeld: **Die Front gegen Palästina – die Menschen im Visier**

In ihrem Bericht vom 22.03.2025 gibt Karin Leukefeld einen Einblick in die aktuellen Abläufe in/um den Gazastreifen. Mit ihrem Vorgehen, den Gazastreifen massiv anzugreifen, verletzte die Netanjahu-Regierung das ab dem 19.01.2025 gültige Abkommen der Waffenruhe, während die Hamas darauf beharre, dass die zweite Phase des Abkommens in Kraft treten soll, in der weitere Gefangene ausgetauscht werden und Israel sich weiter aus dem Gazastreifen zurückziehen sollen. Israel sei mit der zweiten Phase nicht mehr einverstanden und versucht mit der Blockade von Hilfslieferungen und Androhung von einer weiteren Eskalation, Druck auf die Hamas auszuüben. Dem eskalierenden Vorgehen der israelischen Regierung setzen laut Leukefeld weder Großbritannien noch Frankreich etwas im Sinne von Kap. 6 und 7 der UN-Charta entgegen, vielmehr versorgen sie zusammen mit Deutschland Israel weiterhin mit Waffen, Geld, militärischer Aufklärung, unterstützen auch politisch. Dem UN-Menschenrechtsrat, der eine Kommission wegen der gezielten israelischen Zerstörung von Geburtskliniken im Gazastreifen eingesetzt hat, wirft Israels Premier Netanjahu vor, einen "anti-israelischen Zirkus" zu veranstalten. Der Kommission selbst wirft Israel vor, eine von den Fakten unabhängige "politische Agenda" zu verfolgen.

Nach Leukefeld verschärft Israel auch im Westjordanland die Zerstörung. Sie erinnert daran, dass Netanjahu und seine Unterstützer das Ziel "Groß-Israel" verfolgen. In einem Leitartikel der libanesisch-französischen Tageszeitung 'L'Orient le Jour' gehen Journalisten davon aus, dass Israel "einen endgültigen Schlussstrich unter die Palästinenserfrage ziehen und alle seine Nachbarn (…) unschädlich" machen wolle. Laut Leukefeld droht Israel der Bevölkerung im Gazastreifen, sie zwangsweise zu vertreiben, wenn sie jetzt nicht die Hamas vertreibe.

Karin Leukefeld, Jg. 1954, Studien der Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften, Ausbildung zur Buchhändlerin. Seit 1997 freie Journalistin. Sie ist die einzige deutsche Journalistin mit einer Akkreditierung in Syrien. (Red.)

Inhalt ⇧

● GFP: **Zivilisten im Krieg**

Für den Krisen- und Kriegsfall sieht ein aktuell von Soldaten, Ministerialbeamten und Geheimdienstlern erstelltes "Grünbuch ZMZ 4.0" umfassende Maßnahmen der Repression zur Verhinderung von Sabotage und "allgemeiner Unruhe" vor. GFP (German-Foreign-Policy) stellt das "Grünbuch" in zwei Artikeln vor.

Die "Grünbuch"-Autoren legen dem Papier ein Szenario zugrunde, dem zufolge die Spannungen zwischen Russland und der NATO eskalieren und mehrere große NATO-Staaten, darunter etwa Deutschland, Frankreich und die USA, mindestens 70'000 Soldaten über deutsches Territorium nach Osten verlegen. Im Osten stehen sie russischen Truppen unmittelbar gegenüber. Schon bei der Verlegung der Truppen fallen zahlreiche Aufgaben an, die laut dem Papier von Zivilpersonen erledigt werden müssen, denn die regulären Bundeswehreinheiten werden weitgehend für Kampfhandlungen benötigt. Zu den Aufgaben, zu denen auch Zivilisten eingespannt werden, zählt etwa die Einrichtung sogenannter 'Convoy Support Center' (CSC), eine Art "Rast- und Sammelplätze für die mit Kraftfahrzeugen marschierenden Truppen", die versorgt werden müssen. Auch im Gesundheitswesen wird die zivile Infrastruktur zur Behandlung von bis zu 1'000 verletzten Soldaten pro Tag genutzt und Zivilisten nur "nachrangig" behandelt.

Es müssten nicht nur Schritte zum Schutz der Verkehrswege und der Kritischen Infrastruktur eingeleitet werden. Man müsse auch Vorsorge treffen, dass die mit Sicherheit zu erwartenden Belastungen für die Zivilgesellschaft nicht zu "Unruhe" oder gar "politischer Destabilisierung" führten. Dazu seien umfangreiche Aktivitäten der Geheimdienste und deren engere Kooperation mit Polizei und Bundeswehr erforderlich. Zudem gelte es schon jetzt, die "Resilienz" der Bevölkerung zu stärken, d.h. ihre Bereitschaft, die Zumutungen von Krisen und Kriegen zu

ertragen. Die unumgängliche zivil-militärische Kooperation (ZMZ oder CIMIC) sei schon "in Schulen zu vermitteln". Einen entsprechenden "Mentalitätswechsel" in der Bevölkerung hat bereits vor einem Jahr der Generalinspekteur der Bundeswehr, Carsten Breuer, gefordert.

Mit dem Operationsplan Deutschland (CIMIC 4.0) wird eine enge Verzahnung ziviler und militärischer Akteure angestrebt. Für die Zeit nach dem 30.06.2025 sieht das Szenario vor, dass die NATO ihre in der Region Baltikum und Polen aufgebauten Truppen dort belässt, da Russland diesen Truppenaufbau für "hysterisch und unverantwortlich" bezeichne.

GFP, German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

Die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. arbeitet seit 1996 in einem breiten Spektrum friedenspolitischer Themen mit einem starken Fokus auf Deutschland und seine Rolle in der Welt. Der gemeinnützige Verein will mit seinen Analysen und Informationen zur Völkerverständigung beitragen und sieht sich als ein Mittler zwischen der Friedensbewegung und der wissenschaftlichen Bearbeitung von Konflikten und Konfliktkonstellationen durch die Wissenschaft (Red.)

Inhalt ⇧

● GFP: **Kriegsmacht Europa**

Die Aufrüstung Europas ist in den vergangenen fünf Jahren die maßgebliche Triebkraft des globalen Waffenhandels gewesen. Dies geht aus dem jüngsten Bericht des Stockholmer Forschungsinstituts SIPRI zum internationalen Handel mit Kriegsgerät hervor. Demnach stieg der Anteil Europas an den weltweiten Rüstungsimporten von 11% im Fünfjahreszeitraum von 2015 bis 2019 auf 28% im Zeitraum von 2020 bis 2024. Der US-Anteil stieg von 1,9% auf 3,1%, während der Anteil der anderen Kontinente teils deutlich sank. Auch bei den Rüstungsexporten, die Spannungen und Kriege in aller Welt befeuern, lagen die westlichen Staaten mit einem globalen Anteil von 73% vorn; auf Europa entfielen dabei 30%. Die gleiche Tendenz zeigt sich bei den Militärhaushalten. Laut einer Analyse des 'International Institute for Strategic Studies' aus London lag der Anstieg der europäischen Wehretats mit 11,7% um mehr als die Hälfte über dem globalen Durchschnitt. Dabei haben die Staaten Europas laut SIPRI ihre Importe von US-Rüstungsgütern in den vergangenen Jahren massiv gesteigert, was die jüngsten Bestrebungen, von diesen unabhängig zu werden, deutlich erschwert.

GFP, German-Foreign-Policy, eine Gruppe unabhängiger Publizisten und Wissenschaftler, beobachten kontinuierlich das Wiedererstarken deutscher Großmachtbestrebungen auf wirtschaftlichem, politischem und militärischem Gebiet. (Red.)

Inhalt ⇧

● Sevim Dagdelen: **Kriegskredite als Konjunkturprogramm**

Die bisherige Bundestagsabgeordnete Sevim Dagdelen ordnet das Gebaren um Schuldenbremse und Hochrüstung so ein: "Alles spricht dafür, dass die Aufrüstung Deutschlands und einer selbsterklärten Koalition der Willigen in Europa in erster Linie dazu dienen soll, den NATO-Stellvertreterkrieg gegen Russland auch nach einem möglichen Ausscheiden der USA weiterführen zu können und zugleich den Gefahren, die sich durch eine mögliche Eskalation ergeben, begegnen zu wollen. Die anvisierten Kriegskredite von Union, SPD und Grünen erhöhen massiv die Kriegsgefahr in Europa, auch weil sie weiter die gefährliche Illusion nähren, die Atommacht Russland ließe sich durch einen Mix aus Totrüstung, Wirtschafts- und Stellvertreterkrieg doch noch niederringen." Bei der Entscheidung des Bundestages zur

Schuldenbremse "geht es deshalb um nicht mehr und nicht weniger als um die Kriegsvorbereitung Deutschlands". Es herrsche "das Kalkül, die Rüstungswirtschaft jetzt über Kriegskredite zur Lokomotive für die dahinsiechende Ökonomie zu machen – begleitet von einem schuldenfinanzierten Konjunkturprogramm. Die militärische Ertüchtigung der Infrastruktur soll dabei offenbar eine zentrale Rolle spielen. Es ist da kein Wunder, dass die gigantischen 'Sondervermögen' auch noch von Gewerkschaftsspitzen mit SPD und Grünen-Parteibüchern freundlich begleitet werden. Die Aktionäre und Handelsreisenden des militärisch-industriellen Komplexes jedenfalls dürfen zu Recht jubeln, denn sie sind die Profiteure. Am Ende wird die Bevölkerung bezahlen müssen, so oder so."

Sevim Dagdelen, Jg. 1975, Rechtswissenschaftlerin; Als Mitglied der Fraktion 'Die Linke' seit 2005 im Deutschen Bundestag. Gründungsmitglied vom "Bundesverband der Migrantinnen", Mitglied u.a. der "Informationsstelle Militarisierung" (IMI e.V.) und im Kuratorium "Freiheit für die Westsahara e.V.". (Red.)

Inhalt ⇧

● Das Grundgesetz "kriegstüchtig" gemacht

Der 20. Deutsche Bundestag hat am 18. März 2025, wenige Tage vor dem Zusammentritt des künftigen Bundestages, den von SPD und CDU/CSU eingebrachten Gesetzentwurf zur Änderung des Grundgesetzes (20/15096) gebilligt. Namentlich stimmten 512 Abgeordnete für das Gesetz, 206 votierten dagegen, es gab keine Enthaltung; 15 Abgeordnete haben nicht abgestimmt. Damit wurde die Zweidrittelmehrheit (mind. 489 von 733) erreicht. Ausgaben für Verteidigung und bestimmte sicherheitspolitische Ausgaben ab einer bestimmten Höhe sollen künftig nicht mehr auf die Schuldenregel des Grundgesetzes angerechnet werden. Darüber hinaus soll im Grundgesetz die Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 500 Mrd. Euro "für zusätzliche Investitionen in die Infrastruktur und für zusätzliche Investitionen zur Erreichung der Klimaneutralität bis 2045" ermöglicht werden. Die in diesem Rahmen aufgenommenen Kredite sollen ebenfalls von der Schuldenregel ausgenommen werden. Zudem soll den Ländern ein Verschuldungsspielraum bei der Aufstellung ihrer Haushalte eingeräumt werden. Im Kontext der Abstimmung über den Gesetzentwurf nahmen die Abgeordneten auch einen Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD, CDU/CSU und Bündnis 90/Die Grünen (20/15123) an. Die künftige Bundesregierung wird darin aufgefordert, die Finanzierung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Kernhaushalt abzusichern. Entschließungsanträge der FDP (20/15121, 20/15122), der Gruppe Die Linke (20/15119) und der Gruppe BSW (20/15118) lehnte das Parlament mehrheitlich ab. Auch der Änderungsantrag der FDP (20/15120), der ein Sondervermögen für die Bundeswehr mit eigener Kreditermächtigung in Höhe von einmalig bis zu 300 Mrd. Euro vorsah, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt. Bei CDU/CSU, SPD und Grünen hatten lediglich je 1 Abgeordneter den Mut, nein zu sagen. Bei der Union war es Mario Czaja, bei der SPD Jan Dieren und bei B90/Grüne Canan Bayram.

Neben der Darstellung des Abstimmungsergebnisses im Bundestag geht es Tilo Gräser auch um eine Einordnung der Entgrenzung der Schuldenbremse, die von den Bürger auszubaden sei. Nach Gräser ist klar, dass die Schuldenbremse ein untaugliches Mittel ist, um Staatsfinanzen und Wirtschaft voranzubringen. Dazu führt er die Meinung der Wissenschaftler Mark Copelvitch und Daniel Ziblat heran, dass eine Schuldenbremse der Wirtschaft kurz-, mittel- und langfristig schade, "weil sie die Kreditaufnahme begrenzt und die Regierung zu unpopulären Haushaltskürzungen zwingt". Doch das sei, so Gräser, nicht der Grund für die Entgrenzung der Schuldenbremse, sondern der Grund sei der Sanktions- und Kriegskurs gegen Russland. Der Schuldenbremsen-Kritiker Heiner Flassbeck sehe, dass mit dem überraschenden Ende der deutschen Schuldenbremse "sehr speziellen Aufgaben" verbunden sind. Das "Sondervermögen" wird wohl hauptsächlich für kriegswichtige Infrastruktur verwendet, dessen positiven Effekt Flassbeck

bezweifelt. Der Rest des Geldes, der in militärische Aufrüstung fließe, hat nur sehr begrenzte Auswirkungen auf den Großteil der Wirtschaft. Gläser weist auf das Friedensgebot unseres Grundgesetzes hin, das "ein weiteres Mal" verramscht werde. Und das obwohl die US-Geheimdienste festgestellt haben, Russland sei "mit ziemlicher Sicherheit nicht an einem direkten militärischen Konflikt mit den Streitkräften der USA und der NATO interessiert".

Für Gläser hat das, was der alte Bundestag beschlossen hat, "nichts mit dem zu tun, was schon in der Präambel des Grundgesetzes als eine der Mahnungen aus der deutschen Vergangenheit festgehalten ist: Dass das "Deutsche Volk" "von dem Willen beseelt" sei, "als gleichberechtigtes Glied in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt zu dienen". Die ganz große Koalition unter Einschluss der einstigen Friedenspartei Die Grünen habe ein weiteres Mal missachtet, woran der frühere Bundespräsident Gustav Heinemann bei seiner Antrittsrede am 1. Juli 1969 erinnerte: "Nicht der Krieg ist der Ernstfall, in dem der Mann sich zu bewähren habe, wie meine Generation in der kaiserlichen Zeit auf den Schulbänken unterwiesen wurde, sondern heute ist der Frieden der Ernstfall. Hinter dem Frieden gibt es keine Existenz mehr." Hinzu komme, dass eine Analyse der militärischen Kapazitäten der NATO und Russlands keinen Zweifel an der allgemeinen militärischen Überlegenheit der NATO aufkommen lasse.

Tilo Gräser, Jg. 1965, Diplom-Journalist, seit März 2017 Redakteur und Korrespondent für sputniknews, zuvor Journalist für verschiedene Medien und Pressesprecher; Schwerpunkte sind Politik und Soziales. (Red.)

Inhalt ⇧

● Rumänien: Rund um die Präsidentschaftswahlen

Die Venedig-Kommission, eine verfassungsrechtlich beratende Einrichtung des Europarats, hat sich kritisch zur Annullierung der ersten Runde der Präsidentschaftswahl durch das rumänische Verfassungsgericht geäußert. Die Kommission kritisiert insbesondere, dass Personen und Parteien, denen das Mandat verweigert wird, das Recht haben, "in Form einer Anhörung oder Konsultation" ihre Argumente vorzubringen. Des Weiteren sollte die Entscheidung "auf eindeutig festgestellten Tatsachen" und nicht ausschließlich auf unter Verschluss gehaltenen Geheimdienstinformationen beruhen. In jedem Fall sollte die Annullierung einer Wahl nur möglich sein, "wenn die Unregelmäßigkeiten echte und objektive Zweifel an der Richtigkeit des Wahlergebnisses aufkommen lassen". Zudem bedeute die Verstärkung der Botschaft eines Wahlkandidaten nicht, dass er "gegen die Regeln für Wahlkampfausgaben und Transparenz verstoßen und damit einen unlauteren Vorteil erlangt" habe. Die Kommission empfiehlt die Einführung von Regelungen, dass Online-Wahlwerbung als solche gekennzeichnet und deren Finanzierung transparent sein muss. Der weiterhin amtierende rumänische Präsident Klaus Johannis erklärte zum Bericht der Venedig-Kommission, dass nun das Parlament entscheiden müsse, "wo bestimmte Gesetzesänderungen angemessen sind". Der als Außenseiter in den Wahlkampf gegangene Präsidentschaftskandidat und Wahlkampfsieger Calin Georgescu wertet den Bericht als Beleg dafür, dass es keine Rechtfertigung für die Absage der Stichwahl gab. Er forderte das Verfassungsgericht auf, seine Entscheidung zu überdenken. Die in der annullierten Wahl zweitplatzierte Elena Lasconi sieht in der Stellungnahme eine Bestätigung, dass das rumänische Verfassungsgericht "eine missbräuchliche Entscheidung getroffen hat".

Rumäniens Verfassungsgericht hat am 11.03.2025 entschieden, dass der rechtsgerichtete Kriegsgegner Călin Georgescu nicht erneut für das Amt des Staatspräsidenten kandidieren darf. Das Gericht wies den Berufungsantrag Georgescus gegen die Entscheidung des Wahlbüros zurück, das die Kandidatur nicht zugelassen hatte. Eine Begründung will das Gericht in den kommenden Tagen nachliefern. Hunderte Anhänger Georgescus protestierten vor dem Verfassungsgericht gegen den Beschluss. In der ersten Runde der Präsidentenwahl vom 24.11.2024 hatte Georgescu

überraschend gewonnen. Das Verfassungsgericht hatte diese Wahl wegen Unregelmäßigkeiten bei Georgescus Wahlkampffinanzierung annulliert.

Medienberichten zufolge stellten sich die Vorwürfe jedoch als haltlos heraus, da die vermeintlich durch Russland orchestrierte Tik-Tok-Kampagne wohl von der Regierungspartei PNL finanziert worden war.

Paul Schreyer, Jg. 1977, Autor ("Wir sind die Guten, Ansichten eines Putinverstehers"; "Wer regiert das Geld?") und freier Journalist, u.a. für die Online-Portale 'Telepolis', 'NachDenkSeiten' und 'Global Research'; Mitherausgeber des online-Magazins 'multipolar'. (Red.)

Inhalt ⇧

● Thomas Röper: **Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte spricht Ukraine wegen Massaker von Odessa schuldig**

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) hat die Ukraine schuldig gesprochen, "da die Behörden nicht alles, was sie konnten, getan haben, um die Gewalt in Odessa am 2. Mai 2014 zu verhindern, sie nach Ausbruch der Gewalt zu beenden, rechtzeitig Rettungsmaßnahmen für die im Feuer eingeschlossenen Personen zu gewährleisten und eine wirksame Untersuchung der Ereignisse einzuleiten und durchzuführen. Er stellte außerdem fest, dass das Recht auf Achtung des Privat- und Familienlebens einer Beschwerdeführerin verletzt worden sei, da die Übergabe der Leiche ihres Vaters zur Beerdigung verspätet erfolgte." Laut der Entscheidung des EGMR muss die Ukraine den Beschwerdeführern "verschiedene Summen" als Entschädigung für den durch das Vorgehen der Behörden entstandenen Schaden sowie für die Rechtskosten zahlen.

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

Inhalt ⇧

● Thomas Röper: **Was ist eigentlich der Internationale Strafgerichtshof?**

US-Präsident Trump hat gegen Richter, Staatsanwälte und andere Mitarbeiter des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) Sanktionen verhängt. Demnach werden gegen IStGH-Mitglieder, die an Ermittlungen gegen US-Bürger oder gegen Verbündete der USA beteiligt sind, Einreiseverbote verhängt. Betroffen von dem Visaembargo sind auch deren Familienmitglieder. Zudem drohen finanzielle Sanktionen.

Die juristische Grundlage ist das multilaterale 'Römische Statut' des IStGH vom 17. Juli 1998, ein Vertrag, den die meisten Staaten der Welt geschlossen haben und der nur für die Vertragsstaaten gilt und damit kein Teil des Völkerrechts ist. Russland und die USA haben das Statut mitunterzeichnet, aber die USA sind 2002 demonstrativ wieder ausgetreten. Wenige Jahre nach seiner Gründung wurde nach Thomas Röper immer deutlicher, dass der IStGH den Interessen der europäischen und US-amerikanischen Regierungen dient und dass seine Arbeit von den finanziellen Interessen westlicher Regierungen und Konzerne und deren persönlichen Eigeninteressen bestimmt wird. So interessieren ihn Kriegsverbrechen nicht, die von den Armeen der USA, Großbritanniens, Kanadas und Australiens im Irak, in Afghanistan und in einer Reihe

anderer Länder begangen wurden. Bzgl. des Jugoslawienkrieges wurden keine nicht-serbischen Kriegsverbrecher angeklagt. Berechtigte Klagen gegen US-Bürger, die in IStGH-Mitgliedstaaten Verbrechen begangen haben, werden ignoriert. Damit die gewünschten Klagen zustande kommen, erfolgen Erpressungsversuche gegenüber dem IStGH oder Ermunterungen insbesondere gegenüber pro-westlichen Staaten. Nahezu alle Richter des Gerichtshofs kommen aus den Staaten des Westens.

Nach Röper ist der IStGH "ein Instrument europäischer und amerikanischer Neokolonialisten, die ihren Einfluss auf afrikanische Länder und Völker aufrechterhalten und verstärken wollen. […] Die regelmäßigen Angriffe des IStGH auf den afrikanischen Kontinent haben dazu geführt, dass ein Komitee der Afrikanischen Union gegründet wurde, das den Rückzug aus dem Internationalen Strafgerichtshof fordert." Röper: "Allerdings war der von Netanjahu in Gaza angeordnete Völkermord so offensichtlich, dass der IStGH keine andere Wahl hatte, als Netanjahu anzuklagen, wenn das Gericht nicht riskieren wollte, seinen Ruf vollends zu ruinieren, was zum Austritt vieler Staaten und damit zu einem Ende des IStGH selbst hätte führen können. Der Haftbefehl gegen Netanjahu war der Grund dafür, dass Trump gegen Mitarbeiter des IStGH Sanktionen verhängt hat."

Thomas Röper, Jg. 1971, zunächst Versicherungs- und Finanzdienstleistungsexperte in Osteuropa und Russland, dann unabhängiger Unternehmensberater in St. Petersburg; lebt seit 15 Jahren in Russland und betreibt die Seite www.anti-spiegel.ru, wo er sich kritisch mit der Berichterstattung westlicher Medien im Allgemeinen, zu Russland, zu (Geo-)Politik und Wirtschaft auseinandersetzt. (Red.)

Inhalt ⇧

● Marcel Kunzmann: **77 Experten gegen deutsche Doppelmoral im Völkerrecht**

In ihrer Erklärung fordern 77 deutschsprachige Völkerrechtler die Bundesregierung dazu auf, die Haftbefehle des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) in Den Haag konsequent zu beachten und auszuführen. Dies gelte auch für den kürzlich ergangenen Haftbefehl gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu, auch wenn man ihn "inhaltlich nicht richtig findet". Darüber hinaus forderten die Unterzeichner, die UN-Sonderberichterstatterin Francesca Albanese nicht "am Sprechen an Universitäten zu hindern", "ungeachtet dessen, ob wir Albaneses Analysen zustimmen, und einiger umstrittener Äußerungen". Mit Blick auf Israel halten es die Völkerrechtler für unerlässlich, dass die Bundesregierung angesichts des Gutachtens des Internationalen Gerichtshofs vom Juli 2024 zur Rechtswidrigkeit der israelischen Besatzung sicherstellt, dass keine Waffen an Israel geliefert werden, "die völkerrechtswidrig zum Einsatz kommen". Die Unterzeichner erinnern daran, dass die Völkerrechtsfreundlichkeit das deutsche Grundgesetz von der Präambel bis zum letzten Artikel durchziehe.

Marcel Kunzmann, Jg. 1992, absolviert derzeit sein Masterstudium der interdisziplinären Lateinamerikastudien an der Freien Universität Berlin. Er schreibt über Kuba auf seinem Blog Cuba heute .(Red.)

Inhalt ⇧